
LEFÖ
Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen
Information, Education and Support for Migrant Women
Kettenbrückengasse 15/II/4
1050 Wien

ZVR-Zahl: 893710788

Tel: +43.1.581 18 81
Fax: +43.1.581 18 81 14
Mail: office@lefoe.at
Web: www.lefoe.at

→ **BERATUNG**
umfassende Beratung für Lateinamerikanerinnen
→ **LEARNZENTRUM**
Bildung für Migrantinnen
→ **TAMPEP**
Unterstützung für Migrantinnen in der Sexarbeit
→ **IBF**
Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel
→ **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Informations-, Sensibilisierungs- und Lobbyingarbeit

Solidaritätserklärung mit den protestierenden Flüchtlingen

LEFÖ solidarisiert sich voll und ganz mit den Forderungen der protestierenden Flüchtlinge des Refugee Camp Vienna. Als Verein, der selber autonom und selbstorganisiert gegründet wurde, erkennen wir voller Hochachtung den Kampf der Flüchtlinge an und betonen den wichtigen Schritt, dass marginalisierte Schichten der Bevölkerung ihre Stimme erheben und selber für ihre Rechte eintreten. Flüchtlinge werden von der Politik nicht als politische Subjekte anerkannt, werden dementsprechend nicht als zugehörig zur österreichischen Gesellschaft gesehen. Weder nationale Verantwortliche noch die internationale Gemeinschaft fühlen sich zuständig.

Die Flüchtlinge des Refugee Camp Vienna haben es durch ihren Protest geschafft, die Marginalisierung und die Unsichtbarkeit zu überwinden und ins Zentrum der Öffentlichkeit zu gelangen. Gerade durch die erhobene Stimme der Flüchtlinge ist die Thematik rund um Asyl in die politische Arena zurückgekehrt. Nun müssen die politischen Verantwortlichen endlich diese Stimme erhöhen und Handlungen setzen!

An dem Kampf der Flüchtlinge zeigt sich die Schiefelage des österreichischen Asylsystems, welches fundamentale Menschenrechte nicht beachtet. Es geht bei dem Protest der Flüchtlinge nicht um warme Unterkünfte und warmes Essen, sondern um eine grundsätzliche Änderung der Asyl- und Fremden-Gesetze in Österreich. Die Politik muss sich endlich ihrer Verantwortung stellen und die berechtigten Anliegen der Flüchtlinge erhören. Fundamentale Menschenrechte stehen über nationalen Regelungen, im Namen des Gesetzes dürfen nicht fundamentale Menschenrechte verletzt und gebrochen werden. Wir unterstützen die Forderungen der Flüchtlinge und solidarisieren uns mit ihrem Kampf für gleiche Rechte! Wir fordern Bleiberecht für alle!

Wien, am 10. Jänner 2013